

## Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	XVII
<b>1. Teil: Häusliche Gewalt und die Rechtsordnung</b>	
<i>(Schumacher/Janzen)</i> .....	1
<b>1. Abschnitt Rechtsschutz bei Gewalt in der Familie?</b> .....	3
<b>2. Abschnitt Das Phänomen der häuslichen Gewalt</b> .....	6
A. Was ist „häusliche Gewalt“?.....	6
B. Das Ausmaß häuslicher Gewalt .....	11
<b>3. Abschnitt Rückblick bis zu den jüngsten gesetz-</b>	
<b>geberischen Maßnahmen</b> .....	14
A. Zum ehemännlichen Züchtigungsrecht und zur Ent-	
wicklung des Rechtsschutzes bei häuslicher Gewalt	
unter Erwachsenen .....	14
I. Das ehemännliche Züchtigungsrecht bis zum	
Inkrafttreten des BGB.....	14
II. Das BGB und der Rechtsschutz bei häuslicher	
Gewalt bis zum 1. Januar 2002 .....	15
III. Exkurs: Das österreichische Gewaltschutzgesetz.....	17
IV. Der Weg zum „Gesetz zur Verbesserung des	
zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und	
Nachstellungen vom 11. Dezember 2001“ .....	19
B. Das elterliche Züchtigungsrecht.....	21
I. Ursprüngliche Fassung des BGB .....	21
II. Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 .....	21
III. Sorgerechtsneuregelungsgesetz vom	
18. Juli 1979 .....	22
1. Erster Vorschlag für ein Verbot von Gewalt-	
anwendung in der Erziehung .....	23
2. Folgen der Neuregelung durch das SorgeRG .....	24
IV. Kindschaftsrechtsreformgesetz .....	24
1. Ansätze zu einer Abschaffung des elter-	
lichen Züchtigungsrechts .....	25

2. Internationale Entwicklungen .....	25
3. Kindschaftsrechtsreformgesetz vom 16. Dezember 1997 .....	26

## 2. Teil: Gewalt unter Partnern und Erwachsenen

(Schumacher).....31

### 1. Abschnitt Wohnungsüberlassung.....33

A. Wohnungsüberlassung nur im Verhältnis von  
Täter und Opfer .....

B. Wohnungsüberlassung als Nutzungsbefugnis .....

C. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG .....

I. Allgemeines .....

1. Vollendete Gewalttaten und Drohungen mit  
Gewalttaten .....

2. Persönlicher Anwendungsbereich von  
§ 2 GewSchG .....

3. „Wohnung“ im Sinne von § 2 GewSchG.....

II. Wohnungsüberlassung bei vollendeten Gewalt-  
taten nach § 2 Abs. 1 GewSchG .....

1. „Gewalttat“ im Sinne des § 1 Abs. 1  
Satz 1 GewSchG .....

a) Verletzung von Körper, Gesundheit und  
Freiheit .....

b) Psychische Gewalt .....

c) Schutz des allgemeinen Persönlich-  
keitsrechts .....

d) Vorsätzliche Begehung; Zurechnungs-  
fähigkeit .....

e) Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsver-  
letzung nach § 1 Abs. 1 Satz 1 GewSchG .....

2. Führen eines auf Dauer angelegten gemein-  
samen Haushaltes .....

a) Allgemeines .....

b) Gemeinsamer Haushalt .....

c) Auf Dauer angelegter Haushalt .....

d) Führen des Haushaltes .....

3. Dauer der Nutzungsbefugnis .....

4. Ausschluss des Anspruchs auf Wohnungsüber-  
lassung .....

a) Keine Wiederholungsgefahr .....

b) Schriftliche fristgebundene Geltend-  
machung des Anspruchs.....

c) Besonders schwerwiegende Belange der  
Täters/der Täterin.....

5. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot .....

6. Billigkeitsvergütung .....

III. Wohnungsüberlassung bei widerrechtlichen  
Drohungen .....

1. Widerrechtliche Drohungen im Sinne von  
§ 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GewSchG .....

2. „Unbillige Härte“ .....

D. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von  
Eheleuten (§ 1361b BGB) .....

I. Allgemeines .....

II. Ehwohnung .....

III. Getrenntleben der Ehegatten .....

IV. „Unbillige Härte“ .....

V. Gewalttaten .....

VI. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot .....

VII. Vergütungspflicht .....

VIII. Überlassungsvermutung.....

E. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von  
Lebenspartnern (§ 14 LPartG) .....

F. Verhältnis von § 2 GewSchG zu § 1361b BGB und  
§ 14 LPartG .....

### 2. Abschnitt Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG .....

A. Voraussetzungen der Schutzanordnungen .....

B. Schutzanordnungen bei Hausfriedensbruch und  
Nachstellungen .....

C. Arten der Schutzanordnungen .....

I. Übersicht .....

II. Wohnungsbetretungsverbot.....

III. „Wohnungsnäherungsverbot“ .....

IV. Aufenthaltsverbot .....

V. Kontaktverbot.....

VI. „Zusammentreffensverbot“ .....

D. Dauer der Anordnungen .....

E. Strafbarkeit des Verstoßes gegen Schutzanordnungen  
nach dem Gewaltschutzgesetz (§ 4 GewSchG).....

<b>3. Abschnitt Sachverhalte mit Auslandsberührung (Internationales Privatrecht) (Janzen)</b> .....	77
A. Maßnahmen nach den §§ 1 und 2 GewSchG.....	77
B. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB.....	77
1. Regelung vor Inkrafttreten des GewSchG.....	77
2. Gründe für die Neuregelung.....	80
3. Einseitige Verweisung auf das deutsche Recht für eine im Inland belegene Ehe- wohnung.....	81
4. Staatsvertragliche Sonderregelungen.....	81
C. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG.....	83
<b>4. Abschnitt Verfahrens- und Vollstreckungsrecht</b> .....	84
A. Verfahren auf Wohnungsüberlassung.....	84
I. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG.....	84
1. Zuständigkeit.....	84
a) Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	84
b) Zuständigkeit der Familiengerichte.....	84
aa) Funktionelle Zuständigkeit.....	84
bb) Örtliche Zuständigkeit.....	85
α) Anhängigkeit einer Ehesache.....	86
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	86
2. Antrag, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung, Anwaltszwang.....	87
3. Beteiligung des Jugendamtes.....	88
4. Regelungsbefugnisse des Gerichts.....	88
5. Wirksamkeit der Entscheidung.....	88
6. Abänderung der Entscheidung.....	89
7. Rechtsbehelfe.....	89
8. Vorläufiger Rechtsschutz.....	90
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	90
b) Anhängigkeit einer Ehesache.....	92
aa) Einstweilige Anordnung nach § 620 Nr. 9 ZPO.....	92
bb) Einstweilige Anordnung nach § 64b Abs. 3 FGG.....	94
9. Kostentragung.....	95
II. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB.....	96
1. Zuständigkeit.....	96
a) Internationale Zuständigkeit.....	96

aa) Isolierte Verfahren über die Nutzung der Ehewohnung.....	96
bb) Annexzuständigkeit bei Anhängigkeit einer Ehesache.....	96
b) Zuständigkeit der Familiengerichte.....	97
aa) Funktionelle Zuständigkeit.....	97
bb) Örtliche Zuständigkeit.....	97
α) Anhängigkeit einer Ehesache.....	97
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	98
2. Antrag, Anwaltszwang, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung.....	98
3. Regelungsbefugnisse des Gerichts.....	99
4. Beteiligung des Jugendamtes.....	100
5. Wirksamkeit der Entscheidung.....	101
6. Abänderung der Entscheidung.....	101
7. Rechtsbehelfe.....	102
8. Vorläufiger Rechtsschutz.....	102
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	102
b) Anhängigkeit einer Ehesache.....	103
9. Kostentragung.....	104
III. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG.....	105
B. Verfahren auf Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG.....	105
I. Zuständigkeit.....	105
1. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	105
2. Zuständigkeit der Familiengerichte sowie der allgemeinen Prozessabteilung des Amtsgerichts und des Landgerichts.....	106
3. Örtliche Zuständigkeit.....	107
a) Familiengerichte.....	107
aa) Anhängigkeit einer Ehesache.....	107
bb) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	108
b) Amts oder Landgericht.....	108
II. Das Verfahren.....	108
1. Verfahren beim Familiengericht.....	108
2. Verfahren vor dem Amtsgericht oder dem Landgericht.....	108
a) Hauptsacheverfahren.....	108
b) Einstweiliger Rechtsschutz.....	109
C. Vollstreckung.....	113
I. Geltung des Vollstreckungsrechts der ZPO für	

Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen.....	113
1. Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
2. Entscheidungen des Amtsgerichts oder des Landgerichts.....	114
III. Vollstreckung von auf Wohnungsüberlassung lautenden Entscheidungen nach § 885 ZPO (Herausgabe von Grundstücken und Schiffen).....	115
IV. Vollstreckung von Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG .....	116
1. Vollstreckung nach § 890 ZPO (Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen).....	117
2. Vollstreckung nach § 892a ZPO (Unmittelbarer Zwang in Verfahren nach dem Gewalt- schutzgesetz) .....	117
<b>5. Abschnitt Beispielfälle</b> .....	120
<b>3. Teil: Der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Familie</b> (Janzen) .....	127
<b>1. Abschnitt Die elterliche Sorge für die Person des Kindes     und die Grenzen des elterlichen Erziehungsrechts</b> .....	129
A. Elterliche Sorge für die Person des Kindes.....	129
I. Grundrechtliche Einbindung .....	129
II. Einfachrechtliche Ausgestaltung.....	130
B. Grenzen der elterlichen Sorge nach geltendem Recht – Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung .....	131
I. Begründung des Gesetzentwurfs .....	133
1. Tatsächliche Ausgangslage .....	133
2. Recht des Kindes, gewaltfreie Erziehung, Bewusstseinsänderung und Leitbild .....	134
II. Regelungsinhalte.....	135
1. Körperliche Bestrafung.....	136
2. Seelische Verletzung .....	136
3. Andere entwürdigende Maßnahmen .....	137
III. Rechtsfolgen .....	138
1. Zivilrecht .....	139
a) §§ 1666, 1666a BGB.....	139
b) Allgemeine Unterlassungsansprüche .....	141

c) Schadensersatzansprüche des Kindes.....	142
2. Kinder- und Jugendhilfe .....	142
3. Strafrecht.....	143
<b>2. Abschnitt Eingriffsmöglichkeiten des Familiengerichts     zum Schutz von Kindern vor Gewalt nach des Regeln     des Kindschaftsrechts und Gewaltschutzgesetz</b> .....	148
A. Ausgangssituation beim Schutz von Gewalt betroffener Kinder .....	148
B. Der Vorrang der Regelungen des Kindschaftsrechts und des Vormundschaftsrechts nach § 3 GewSchG – Überblick .....	150
I. Gewalt nur zwischen A und B.....	151
II. Gewaltanwendung gegenüber C (Kind).....	152
C. Gründe für den Vorrang der Sonderregelungen gegen- über Maßnahmen nach dem GewSchG .....	154
I. Unterschiedliche Rechtsschutzmöglichkeiten bei Gewaltanwendung gegenüber Kindern.....	154
II. Begründung der Konkurrenzregel .....	155
<b>3. Abschnitt Schutz nach §§ 1666, 1666a BGB</b> .....	161
A. Zur Systematik des § 1666 BGB.....	161
B. Abgrenzung zu anderen Vorschriften .....	162
I. § 1671 BGB .....	163
II. § 1672 BGB .....	164
III. § 1687b BGB, § 9 LPartG.....	165
C. Der Tatbestand des § 1666 Abs. 1 BGB .....	165
I. Elterliches Fehlverhalten und Verschuldenserfor- dennis; unverschuldetes Versagen; Verhalten eines Dritten .....	165
II. Kindeswohl .....	167
III. Gefährdung .....	168
1. Misshandlung des Kindes.....	169
2. Duldung durch den anderen Elternteil .....	170
3. Streitigkeiten und gewalttätige Auseinander- setzungen der Eltern/eines Elternteils mit seinem Ehegatten/Partner.....	170
4. Sexueller Missbrauch .....	171
IV. „Gefahrabwendungsprimat“ der Eltern.....	171
1. Erziehungsunvermögen der Eltern .....	171

2. Maßnahmen gegen „Dritte“ .....	172
V. Rechtsfolge: Die Auswahl der angemessenen Maßnahme .....	175
1. Weisungen an die Eltern .....	175
2. Trennung des Kindes von der Familie und Beschränkung/Entziehung der Personensorge (§ 1666a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB) .....	176
a) Anordnungscompetenz des Familiengerichts für „öffentliche Hilfen“ i.S.d. § 1666a BGB? .....	176
b) Umfang der Entziehung der Personensorge .....	178
3. Trennung eines Elternteils vom Kind .....	179
4. „Go-order“ und sonstige Maßnahmen gegen Dritte (§ 1666 Abs. 4, 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB) .....	183
a) Wegweisung von Personen, die nicht mit dem Kind in häuslicher Gemeinschaft leben .....	183
b) Wegweisung von Dritten, die zur „sozialen“ Familie gehören .....	184
5. Dauer der Maßnahme und Auswahl des „Adressaten“ .....	185
a) Trennung des Kindes von der Familie und Entziehung der Personensorge .....	186
b) Wegweisung eines Elternteils oder eines Dritten .....	187
aa) Besonderheiten bei der Wegweisung eines Elternteils nach § 1666a Abs. 1 Satz 2 BGB .....	187
bb) Einschränkungen bei der Wegweisung von Elternteilen oder Dritten (§ 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB) .....	188
cc) Zusammenfassung .....	189
<b>4. Abschnitt Folgeregelungen nach einer Wegweisung oder sonstigen Trennung von Kind und Elternteil</b> .....	192
A. Umgangsrecht .....	192
I. Umgangsrechte des Kindes und der Eltern .....	192
II. Einschränkung oder Ausschluss des Umgangsrechts .....	193
III. Zusammenfassung .....	197
B. Übertragung der elterlichen Sorge nach einer Trennung .....	198
<b>5. Abschnitt Zum Verfahrensrecht und zu Sachver- halten mit Auslandsbezug</b> .....	199

A. Verfahrensrecht .....	199
I. Verfahrenspfleger .....	199
II. Anhörung und Beteiligung weiterer Personen .....	200
1. Anhörung der Eltern .....	200
2. Anhörung des Kindes .....	200
3. Beteiligung des Jugendamts .....	200
4. Beteiligung Dritter .....	201
III. Regelung durch einstweilige Anordnung .....	201
IV. Durchsetzung der Entscheidung; insbesondere einer Wegweisung .....	201
1. Formulierung der Anordnung .....	202
2. Mögliche Zwangsmittel .....	202
B. Sachverhalte mit Auslandsbezug .....	205
I. Internationale Zuständigkeit .....	205
1. MSÜ .....	205
a) Zuständigkeit der Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts (Artikel 1 MSÜ) .....	206
b) Artikel 8 und 9 MSÜ .....	208
c) Artikel 4 MSÜ .....	208
2. Brüssel-II-Verordnung .....	209
a) Elterliche Verantwortung .....	210
b) Entscheidung „aus Anlass“ der Ehesache .....	210
c) Zuständigkeitsregeln der Brüssel-II-Ver- ordnung .....	212
3. Autonomes Recht .....	213
II. Anzuwendendes Recht .....	213
1. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien vom 17. Februar 1929 .....	214
2. MSÜ .....	214
3. Autonomes Recht (Artikel 21 EGBGB) .....	215
<b>Anhang</b> .....	217
<b>I. Gewaltschutzgesetz</b> .....	217
<b>II. BGB / LPartG</b> (§§ 1361b, 1631, 1666, 1666a, § 14 LPartG) .....	220
<b>III. ZPO/FGG</b> (§§ 606, 606a, 620-621g, 885, 890-892a ZPO; §§ 49a, 64b FGG) .....	223

<b>IV. Polizeirecht</b> .....	231
1. Berlin .....	231
2. Bremen .....	232
3. Hamburg .....	232
4. Hessen .....	233
5. Mecklenburg-Vorpommern .....	233
6. Niedersachsen .....	234
7. Nordrhein-Westfalen .....	234
8. Schleswig-Holstein .....	235
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	237